

Patientenvertretung positioniert sich:

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz!

Der Klimawandel hat nachweislich erhebliche Folgen für die Gesundheit. So ist mit

- der Zunahme von Hitze- und UV-bedingten Erkrankungen und Todesfällen (z.B. durch Kreislaufprobleme)
- neuen Krankheitserregern durch die Ausbreitung von Zecken und Mücken
- der Ausbreitung von Allergien und Atemwegserkrankungen durch veränderte Pollensaison und Feinstaubbelastung
- physischen Gefahren durch Klimakatastrophen
- und den psychischen Folgen solcher Katastrophen

zu rechnen. Betroffen sind insbesondere diejenigen, die bereits geschwächt oder sich in einer besonders schutzbedürftigen Situation befinden, z.B. ältere und kranke Menschen, Schwangere, Kinder und arme Menschen.

Kommunal engagierte Patientenvertreter*innen im Regierungsbezirk Münster haben sich auf einem regionalen Vernetzungstreffen der Projektstelle Patientenbeteiligung NRW 2025 mit den Folgen des Klimawandels auf die Gesundheit beschäftigt und Maßnahmen formuliert, die den Gesundheitsschutz in Zeiten des Klimawandels gewährleisten.

Klimabedingte Patientenbedarfe

Aus den oben genannten Gesundheitsrisiken, die der Klimawandel mit sich bringt, resultieren veränderte Patientenbedarfe, die vom Versorgungssystem durch verschiedene Maßnahmen berücksichtigt werden müssen:

- Die Stärkung der psychischen Resilienz von Patient*innen trägt dazu bei, mit den Folgen des Klimawandels, mit Klimakatastrophen und klimabedingten Migrationsbewegungen gut umgehen zu können.
- Die Sensibilisierung für zusätzliche Risiken und gesundheitsfördernde Maßnahmen in Zeiten des Klimawandels fördert die Gesundheitskompetenz von Patient*innen. Klimaberatung sollte als Aufgabe im Gesundheitswesen verankert werden.
- Es ist damit zu rechnen, dass durch den Klimawandel die Anfälligkeit (z.B. für Herzkreislauferkrankungen), Krankheitslast und Empfindlichkeit bestimmter Patientengruppen im Versorgungssystem zunimmt. Das Versorgungssystem wird diesbezüglich vorausschauend weiterentwickelt.
- Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung werden in Hitzeperioden in kühlen und schattigen Räumen und Plätzen sichergestellt.

- Die Stärkung des Katastrophenschutzes trägt dazu bei, die gesundheitlichen Risiken für Bürger*innen bei Extremwetterereignissen zu mindern.
- Die klimatisch bedingten Änderungen der Natur und deren Auswirkungen für den Menschen werden intensiver erforscht, um die Gefahr bspw. durch Zeckenbisse oder neue Viren zu mindern.
- Der Arbeitsschutz ist ein wichtiger Baustein für eine klimaresiliente Gesundheit. So bedarf es für bestimmte Berufsgruppen längere Mittagspausen an Hitzetagen.
- Maßnahmen zum Schutz der Lebensmittelversorgung bei Dürren oder neuen Schädlingen sind wichtig, um eine gesunde Ernährung sicherzustellen. Statt langer Lieferwege, die zudem die Treibhausgas-Emissionen belasten, bedarf es daher einer stärker regionalen und saisonalen Lebensmittelversorgung.

Klimaresiliente Arztpraxen und Krankenhäuser

Durch den Klimawandel verändern sich auch die Versorgungsbedarfe von Patient*innen. Dies zeigt sich beispielsweise bei den Medikationsplänen. So können Diuretika und ACE-Hemmer den Hydratationszustand und Elektrolythaushalt beeinflussen, Statine, Fibrate und Lithium verändern ihre Wirkung durch Dehydrierung, Blutdrucksenker verstärken die Hitzebelastung, Betablocker und einige Antidepressiva wirken sich auf den Wärmehaushalt aus. Folgende Maßnahmen helfen Arztpraxen und Krankenhäusern dabei, veränderte Versorgungsbedarfe zu berücksichtigen:

- Versorgungseinrichtungen können ihre Praxiszeiten an Hitzetagen so anpassen, dass die Einrichtungen zu kühleren Tageszeiten zugänglich sind. Die Möglichkeit von Telesprechstunden kann an Hitzetagen ausgebaut werden.
- Die Räumlichkeiten und Außenbereiche zeichnen sich durch Möglichkeiten der Temperaturregulierung, Belüftung, Klimatisierung und Beschattung aus.
- Die Einrichtungen können Informationen zur klimaresilienten Gesundheitsförderung zur Verfügung stellen. Hierfür können zum Beispiel die Videoscreens im Wartebereich von Praxen genutzt werden. Info-Windfächer kombinieren beispielhaft Information und Hitzeschutz.
- Temperatur- und UV-Anzeiger als niedrighschwellige Messgeräte in den Versorgungseinrichtungen weisen Patient*innen daraufhin, wann sie sich besonders vorsichtig zu verhalten haben.
- In den Räumlichkeiten werden ausreichend Wasserspender zur Verfügung gestellt.
- Mahlzeiten in den Versorgungseinrichtungen integrieren geänderte Essgewohnheiten und Bedarfe in Hitzeperioden.
- Die Mitarbeiter*innen werden zum Umgang mit veränderten Patientenbedarfen geschult.

- Die Versorgungseinrichtungen schützen sich vor Klimakatastrophen, wie zum Beispiel Hochwasser.
- Die Einrichtungen können durch geeignete Maßnahmen selbst Verantwortung zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen und beim Verbrauch von klima- und umweltschädlichen Produkten übernehmen.

Einbindung von Patient*innen in die kommunale gesundheitsbezogene Klimapolitik

Die Kommunen sind der Ort, in dem sich der Klimawandel und seine Folgen für die Gesundheit konkretisieren. Gleichzeitig lädt der kommunale Raum zur Mitwirkung ein, um Kommunen krisenresilient zu machen. Daher lohnt es sich, die lokale Bevölkerung in ihrer Rolle als Bürger*innen und Patient*innen in den Gesundheitsschutz in der Klimakrise einzubinden und kommunale Maßnahmen zur Klimaanpassung auszubauen:

- Hitzetelefone und Hitzepatenschaften bieten ehrenamtliche Strukturen, in denen Menschen beratend und unterstützend für besonders vulnerable zur Verfügung stehen.
- Mit digitalen Apps sowie Hinweisschildern an Geschäften und öffentlichen Einrichtungen können Menschen über kostenfreies Trinkwasser, Toiletten und kühle Orte informiert werden. Diese sollten zugänglicher gestaltet werden (bspw. hinsichtlich ihrer Öffnungszeiten an Hitzetagen).
- Klimaanpassungspläne sollten in allen Kommunen in NRW zeitnah flächendeckend verankert werden.
- Der Ausbau von Wasserrückhaltebecken, begrünten Flachdächern und - Fassaden, öffentlicher Sonnenschutz- und Sonnencremespendern, Grünflächen und öffentlicher Wasserspender und Toiletten trägt zur Temperaturminderung, zum UV-Schutz sowie Wohlbefinden der Menschen bei.
- Die Reduktion des Autoverkehrs in Städten hilft dabei, die Belastungen durch Feinstaub zu reduzieren. Dies hat zudem den positiven Nebeneffekt, Lärm als Gesundheitsrisiko einzuschränken.
- Die Umsetzung von Kampagnen und Aktionstagen fördert die Bereitstellung von niedrigschwelligen Informationen über den kommunalen Klimaschutz.
- Bürger*innen sind bereit, aktiv an Klimaanpassungsmaßnahmen mitzuwirken. Kommunen können daher beispielsweise Saatgut und Bäume verschenken, um den Menschen die Mitwirkung zur Schaffung von klimaresilienten Räumen zu ermöglichen.
- Für die Umsetzung gesundheitsbezogener Klimaanpassungsmaßnahmen ist ein großes Netzwerk nötig. Selbsthilfegruppen, Ärzteschaft, Alten- und Pflegeheime, aber auch Nachbarschaft, Unternehmervertretungen, Vereine, Architekt*innen

und Ämter werden zukünftig eingebunden, um die Maßnahmen gemeinschaftlich zu entwickeln und bestmöglich umzusetzen.

Kontakt für Rückfragen

Jan Kaßner

Projektstelle Patientenbeteiligung NRW

jan.kassner@patientenbeteiligung.de

0152-53548880